

211

*[Handwritten signature]*

Berlin, d. -4.FEB.1938

II 112 o/  
C 4222 / *[Handwritten initials]*  
Ech/P1

VIS.

An die

G e h e i m e S t a a t s p o l i z e i  
Geheimes Staatspolizeiamt

B e r l i n S W 11

Betr.: Entfernung von unerwünschten Juden fremder Staats-  
angehörigkeit aus jüdischen Organisationen in  
Deutschland.

Vorg.: Dort. Schnellbrief vom 17.1.38

*[Handwritten note]*  
Schnellbrief  
- 4. FEB. 1938

Unter Bezugnahme auf die Rücksprache des SS-U'Stuf. Eich-  
mann mit Herrn Assessor Breytag am 24.1.38 wird nachstehen-  
de Stellungnahme des SD-Hauptamtes in der oben genann-  
ten Angelegenheit übersandt.

Die angeordnete Aktion bezüglich der Entfernung von uner-  
wünschten Juden fremder Staatsangehörigkeit, die im Be-  
amten- oder Angestelltenverhältnis in jüdischen Organisa-  
tionen oder in den Vorständen jüdisch-politischer Orga-  
nisationen in Deutschland tätig sind, bezieht sich weder  
auf tschechische Staatsangehörige, noch auf sonstige  
ausländische Staatsuntertanen im a l l g e m e i n e n .

Nachdem festgestellt werden konnte, daß sich Juden aus-  
ländischer Staatsangehörigkeit der Nachrichtenübermittlung  
in das Ausland schuldig gemacht hatten, nachdem ferner  
festgestellt wurde, daß Juden ausländischer Staatsangehö-  
rigkeit von den jüdisch-politischen Organisationen in  
Deutschland als Delgglierte zu Tagungen und Kongressen in  
das Ausland gesandt wurden, um dort die Belange dieser  
Organisationen zu vertreten, wurde aus sicherheits-

polizeilichen Gründen den jüdisch-politischen Organisationen in Deutschland die Auflage gemacht, sämtliche in ihren Vorständen tätigen hauptamtlichen und ehrenamtlichen ausländischen Funktionäre zu entfernen.

*Handwritten note:*  
Kopie des Beschlusses  
Minderheiten u. d. d. d. d.  
L. v. d. d. d. d. d.

Diese Maßnahme war umso dringlicher, da gerade von jüdischer Seite mitgeteilt wurde, daß diese entsandten Delegierten ausländischer Staatsangehörigkeit in vielen Fällen weiteres Material zur Greuel- und Boykotthetze gegen Deutschland geliefert haben.

Im Interesse der reibungslosen Abwicklung dieser Aktion liegt es, hier keine Präzedenzfälle zu schaffen, die später geeignet wären, den ausländischen diplomatischen Vertretungen Gelegenheit zu erneuten Interventionen zu geben.

Da es sich bei dieser Aktion um keine Maßnahmen gegen die im deutschen Reichsgebiet ansässigen Minderheiten als solche, sondern um eine allgemeine <sup>allgemeine</sup> minderheitspolizeiliche Maßnahme handelt, können nach hiesigem Ermessen auch keine völkerrechtlichen Bedenken erhoben werden.

Anlagen: - 4 -

Der Chef des Sicherheitshauptamtes  
i.A.

Der Leiter der Zentralabteilung II 1

*Handwritten signature:*  
M. H. H.

# Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

II B 4 - E. 61 J.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den 17. Januar 1938.

Dönhofs-Str. 8

213

Eingangsstelle: an:	17.1.38	1133
Partikel	: an:	1190
Samziel	: an:	1194

30-3 Hauptamt	aa
7140	20 JAN 1938
	Unterschied

**Schnellbrief**

An den  
 Reichsführer # 20. Jan. 1938  
 Chef des Sicherheitshauptamtes  
 in B e r l i n .

Betrifft: Entfernung von unerwünschten Juden  
 fremder Staatsangehörigkeit aus jü-  
 dischen Organisationen in Deutschland.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 4.

----

Als Anlagen übersende ich 3 Eingaben des  
 Auswärtigen Amtes vom 4., 23. und 27. Dezember  
 1937, betreffend die Entlassung verschiedener  
 Juden fremder Staatsangehörigkeit aus jüdi-  
 schen Organisationen und eine Eingabe des  
 Königl. Ungarischen Generalkonsulats in Berlin  
 vom 13. Dezember 1937, betreffend die Entlassung  
 der ungarischen Staatsangehörigen Margit  
 S c h e n k von der Jüdischen Gemeinde Berlin,  
 zur gefälligen Kenntnisnahme.

Ich bitte um beschleunigte Stellungnahme  
 in der Angelegenheit unter Rückgabe der An-  
 lagen.

Im Auftrage:

*Siffler*

*Fr.*

*17.1.38*  
*Im 23 u. d. l.*  
*von Ungarn*  
*+ 3. R. u. I. V.*

P.

20. Jan. 1938

Zentralabteilung II 1  
Dr. Sp./Schw.

214

Berlin, den 1. Juni 1938.

A k t e n n o t i z

Betr.: Rücksprache C.

Zu der Besprechung bei C am 1.6.38 wurden  
gerufen:

#-Standartenführer Müller,  
#-Obersturmbannführer Nebe,  
Assessor Lischka,  
#-Hauptsturmführer Dr. Spengler.

C trug folgenden Sachverhalt vor:

1. In der Judenaktion auf dem Kurfürstendamm habe sich das Propagandaministerium eingeschaltet und vor allem durch die Pressepublikation die Sache als seine Massnahme hingestellt.  
Es sei in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass dieses unterbleibt und die Gestapa federführend ist.
2. Goebbels habe am 31.5.38 vor Propagandaleitern gesprochen und u.a. mitgeteilt, dass die Ludendorff-Bewegung verboten werden solle. #-Standartenführer Müller soll sich sofort mit Hancke in Verbindung setzen und diesem mitteilen, dass in diesen Dingen allein der Reichsführer # entscheide und er durchaus nicht die Absicht habe, die Ludendorff-Bewegung zu verbieten.
3. Auf Befehl des Führers wurden bestimmte Dinge im Westen des Reiches durchgeführt. Zu diesem Zweck sei es notwendig, sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte

Handwritten scribble

Handwritten: T 21

Handwritten signature